

Zentrum für Europäische Integrationsforschung
Center for European Integration Studies
Rheinische Friedrich Wilhelms-Universität Bonn



Jürgen Rüttgers

**Europa -
Erbe und Auftrag**

**Discussion
Paper**

C 28
1998

Dr. Jürgen Rüttgers, MdB, Jahrgang 1951, ist seit 1987 Mitglied des Deutschen Bundestages und seit Oktober 1998 stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion; von 1994 bis 1998 war er Bundesminister für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie. Dr. Rüttgers studierte Rechtswissenschaften und Geschichte an der Universität zu Köln. Von 1987 bis 1989 war er Vorsitzender der Enquete-Kommission Technikfolgenabschätzung und -bewertung des Deutschen Bundestages. Ab 1989 bekleidete Dr. Rüttgers das Amt des Parlamentarischen Geschäftsführers und von 1990 bis 1994 das Amt des Ersten Parlamentarischen Geschäftsführers der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Dokumentation eines „ZEI-Europaforums“

am 16. September 1998

Jürgen Rüttgers

Europa – Erbe und Auftrag

„Das nächste Jahrhundert wird ein europäisches“ - Dies vertrat Samuel Huntington in einem Beitrag für Foreign Affairs. „Jedenfalls dann“, so schränkte er nonchalant ein, „wenn es kein amerikanisches mehr sein sollte“. Und in der Tat steht das Thema Europa am Übergang in das 21. Jahrhundert markant auf vielen Stellen der politischen Agenda:

- Da wäre zuvorderst die neue gemeinsame Währung. Der Euro kommt und mit ihm - als mächtigster Wirtschaftsraum der Welt - ein vollkommener europäischer Binnenmarkt.
- Da steht die Osterweiterung der Europäischen Union vor der Tür und bringt eine geografische und politische Gewichtsverschiebung von historischer Bedeutung. - Ein Aspekt von vielen: Berlin rückt von seiner heutigen Randlage mitten ins Zentrum der Gemeinschaft.
- Die Europäische Union selbst tritt in eine neue Phase der Entwicklung. Sie muß sich reformieren, sowohl institutionell wie auch in einigen ihrer wichtigsten Politikfelder. Der Reformdruck wächst mit jedem Tag.

Kurz und gut: In Europa ist viel in Bewegung, mehr als viele wahrnehmen und vielleicht auch wahrhaben wollen. Gleichwohl, es ist angebracht, auch einmal neben die laufenden politischen Prozesse zu treten und sich der Frage zu stellen: Mit welchen Zielen, mit welchen Wünschen und mit welcher Idee von Europa wollen wir ins 21. Jahrhundert gehen? Was kann die nächste Generation motivieren, den Gedanken Europas weiterzutragen? Was ist Erbe und Auftrag Europas?

I.

Als einer der großen Europapolitiker unserer Zeit schöpft Helmut Kohl seine Motivation für den Einsatz für Europa aus dem Erleben von Krieg und Nachkriegszeit. Millionen Menschen haben durch die Nazi-Barbarei ihr Leben verloren. Hoffnungen und Träume junger Menschen endeten auf den Schlachtfeldern der Weltkriege. Wenn wir und unsere Kinder heute die Aussicht haben, das ganze Leben in Frieden, Freiheit und Sicherheit zu verbringen, dann verdanken wir dies der europäischen Einigung.

Europa war und ist ein großartiges Friedenswerk. Seine Logik brachte Robert Schumann auf die einfache Formel: „Wer nicht mehr frei über Energie und Stahl verfügt, kann keinen Krieg mehr erklären.“ Schumann und die anderen großen Europäer der ersten Stunde standen unter dem Eindruck der verheerenden Katastrophe der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und ihrer Folgen.

Letztlich hatte der Nationalsozialismus mit allem gebrochen, was zu den kulturellen und normativen Grundlagen des Kontinentes zählte. Im Rückblick könnte man sagen, daß das europäische Einigungswerk folgerichtig wieder den Anschluß an europäische Kontinuitäten suchte. Dazu gehörte, wie die Worte Schumanns verdeutlichen, der Gedanke der Balance of Power. Er war gleichermaßen die Antwort auf die Verwüstungen des Dreißigjährigen Krieges wie auf die Feldzüge Napoleons, des Ersten wie des Zweiten Weltkriegs.

1998 feiern wir den 350. Jahrestag der Westfälischen Friedensschlüsse von Münster und Osnabrück. Die Verträge leiteten eine Phase des Ausgleichs zwischen den sich neu bildenden europäischen Großmächten ein, der dann die geistesgeschichtlich so prägende Bewegung der Aufklärung folgte.

Napoleon störte diese Machtbalance. Sein Drang nach Hegemonie rief die anderen Mächte auf den Plan, das Gleichgewicht und damit die Geschäftsordnung Europas wiederherzustellen. Dabei hatte auch Napoleon eine „Idee Europa“ im Sinn, als er auf St. Helena über seinen Eroberungsplan philosophierte. Natürlich und zurecht aber verstand sich die Koalition gegen ihn als der eigentliche Sachwalter Europas. Letztlich machte jedoch erst die

leidvolle Erfahrung zweier Weltkriege den Weg frei zu einer europäischen Einheit, die auch dem Gleichgewichtsgedanken Rechnung trägt, aber in ihrem Kern sehr viel tiefer begründet ist.

Für die Gründerväter Adenauer, de Gasperi, Monnet, Schumann und Spaak bedeutete Frieden mit den Nachbarn von Anfang an mehr als nur Abwesenheit von Krieg. Frieden hieß für sie Freundschaft und verlässliche Partnerschaft. Und dies ist auch für Helmut Kohl der innerste Antrieb bei seinem Einsatz für Europa. Diese Idee der Freundschaft hat keine Stunde Null. Sie konnte sich nur so schnell und dauerhaft entwickeln, weil sie auf einem gemeinsamen Erfahrungs- und Traditionsschatz aufbaute. Auf einem gemeinsamen Erbe.

II.

Europa ist eine 2000 Jahre alte Zivilisation mit einem geistig-kulturellen Erbe, das aus der Verschmelzung von griechisch-römischer Antike und jüdisch-christlicher Religion entstand und durch Humanismus und Aufklärung bis in unsere Zeit geformt wurde.

In der Aufklärung steckt für mich der eigentliche Schlüssel, um Europa zu verstehen. Es gab in keinem Kontinent und zu keiner Zeit eine der Aufklärung vergleichbare Bewegung, die Völker, Nationen und deren Geschichte so nachhaltig prägte und die zugleich so zukunfts mächtig ist. Freiheit und Verantwortung als Rechte des Individuums sowie das gemeinsame Grundverständnis von der Universalität der Menschenrechte haben das aufgeklärte Europa zu einer Wertegemeinschaft geformt, in der Fundamentalismus nur schwerlich fußt.

Kann dies der Auftrag Europas auch für die Zukunft sein? Ein Europa, das - gewissermaßen als Bollwerk gegen jedweden Fundamentalismus - seinen weltgeschichtlichen Auftrag als Gralhüter von Individualismus und Aufklärung interpretiert? Ich sehe Europas Zukunft nicht als Schlachtroß im Kampf der Kulturen, sondern eher als Sprecher und Übersetzer in einem Dialog der Kulturen.

Mit Idee und Begriff der Aufklärung werden Wissenschaft, Rationalität und Fortschrittsoptimismus zu Schlüsselbegriffen europäischer Identität. Seinen Ursprung fand dieses Denken in der Entstehung der spekulativen Philosophie in Griechenland. Renaissance und die Wiedergeburt des klassischen Erbe im Humanismus führten wissenschaftliche Reflexion mit wissenschaftlich-technischem Können zusammen. Verbunden mit der Person und dem Wirken Galileo Galileis erfolgt eine entscheidende Veränderung des Wissenschaftsbegriffs. Wissenschaft besteht seitdem nicht mehr primär in Naturbeobachtung, sondern im intervenierenden Eingriff, etwa durch Experimente. Wissen und Können werden vereint und somit die Voraussetzungen für den technischen Fortschritt geschaffen.

Symbole und Kristallisationskerne der frühen gesamteuropäischen Kultur sind die ersten großen Universitäten des Mittelalters - als Labors, Werkstätten und Pilotprojekte der europäischen Einheit: Paris, Bologna, Oxford und ihre vielen Nachfolger, die in den Jahrhunderten danach gegründet wurden. Bei gleichen Lehr- und Prüfmethode waren die fachlichen Schwerpunkte an einzelnen europäischen Standorten der Grund für die Europäisierung des Studiums.

Ausbildungsziele waren neben der Erlangung fachspezifischer Kenntnisse die individuelle Förderung rationaler Urteilskraft. Dies qualifizierte die Absolventen für herausgehobene Ämter und gab ihnen Zugang zu höheren Gesellschaftsschichten. Ferner pflegten die damaligen Wissenschaftler, aufgrund nicht existierender wissenschaftlicher Printmedien, eine rege Korrespondenz mit ausländischen Kollegen.

Die Universitäten des Mittelalters waren gesamteuropäisch nicht nur wegen ihrer Ausstrahlung auf den gesamten Kontinent, sondern auch wegen der Universalität ihres Studiums und der Internationalität ihrer Studierenden und ihrer Lehrenden. Zieht man einmal heutige Zahlen zum Vergleich heran, so wird klar, auf welcher Höhe der europäische Dialog schon einmal gestanden hat: Heutzutage studiert nur ein ganz geringer Teil der EU-Studenten im Ausland. Das war im Mittelalter völlig anderes; ein ganz erheblicher Prozentsatz der Studenten an den großen Lehranstalten stammte aus dem „Ausland“. Damit trugen die Universitäten zur Öffnung der Gesellschaft bei, die

letztendlich in die Demokratisierung europäischer Staaten dieses Jahrhunderts führte.

Beispielhaft verkörperte dies Erasmus von Rotterdam. Erasmus, als Holländer geboren, hat sich nie lange in seiner Heimat aufgehalten. Für seine Entwicklung waren Frankreich, England, Italien, Deutschland und vor allem die Schweiz wichtiger. Das gerade ist, oder vielmehr war, Europa: Ein Kulturkreis, in dem freie Geister sich frei bewegen, in dem alle Gebildeten sich in ihrer Lingua franca, dem Lateinischen, verständigen konnten. Notfalls lernte man aber auch die Sprache des Nachbarn.

Denselben völkerverbindenden Geist verkörperte die „République des Lettres“, also die internationale Gelehrtenschaft, die sich im 17. Jahrhundert in Reaktion auf den Kulturschock des Dreißigjährigen Krieges bildete. Kraft grenzüberschreitender Korrespondenz und Kommunikation in eigenen literarischen Organen wurde diese Gelehrten-Republic zum Austragungsort wissenschaftlicher beziehungsweise philosophischer Kontroversen unter den führenden Intellektuellen jener Zeit. Die Gelehrten schufen damit ein supranationales Netzwerk, das von nicht wenigen Historikern als „erste kulturelle Einigung Europas“ gewertet wird: Wissenschaft als verbindender und verbindlicher Orientierungsrahmen der europäischen Identität.

III.

Das kulturelle Erbe Europas: Es war den großen Europäern der Nachkriegszeit, es war Schumann und Adenauer, de Gasperi und de Gaulle selbstverständlicher Hintergrund des politischen Handelns. Aber im Vordergrund stand ganz eindeutig der friedentiftende Auftrag des „neuen“ Europa und seiner Einigung. Auch für Helmut Kohl gilt dies noch ganz uneingeschränkt.

Woher aber können junge Menschen, denen die Erfahrung des Krieges und der Nachkriegszeit fehlt, für sich, für ihre jeweils konkrete Lebenssituation und für ihre Zukunft den Auftrag eines mittlerweile ganz vertrauten und selbstverständlichen Europa ableiten?

Europäische Denker wie etwa Hermann Lübke oder Timothy Garton Ash verweisen auf pragmatische Motive und ökonomische Vorteile. Ohne Frage ist die europäische Nachkriegsgeschichte eine Geschichte wirtschaftlichen Erfolgs. Der Weg von der Wirtschaftsgemeinschaft zum Binnenmarkt hat die EU zu einer der wohlhabendsten und höchstentwickelsten Regionen der Erde und zum weltweit wichtigsten Handelspartner gemacht.

Europa: Das ist heute ein riesiger Binnenmarkt mit 373 Mio. Verbrauchern und rund 20% Anteil am Weltsozialprodukt. Von den 100 umsatzstärksten Unternehmen der Welt sitzen 36 in Europa, aber nur 24 in den USA. Die europäische Industrie produziert mehr Autos als die amerikanische. Weltweit investieren die Europäer erheblich mehr als die Vereinigten Staaten, und auch bei den ausländischen Direktinvestitionen haben die Europäer knapp die Nase vorn.

Angesichts der in Deutschland so beliebten Nettozahler-Diskussion tun wir gut daran, uns vor Augen zu halten, was der Integrationsprozeß für uns unmittelbar bedeutet: Bei den deutschen Exporten geht der weitaus größte Teil bekanntlich in unsere EU-Partnerländer. Und wenn wir 1998 bei den ausländischen Direktinvestitionen in Deutschland einen neuen Rekord verzeichnen werden, dann auch deshalb, weil von den 14,3 Mrd. DM Direktinvestitionen im ersten Halbjahr 1998 12,8 Mrd. DM aus den EU-Ländern, insbesondere aus den Niederlanden, Italien und Großbritannien, stammen.

Nur wenn es Europa gut geht, geht es auch uns gut - diese einfache Gleichung und Mahnung sollten wir nicht vergessen! Sie verliert auch im Zeitalter der Globalisierung nicht ihre Gültigkeit. Im Gegenteil.

IV.

Im Zuge der Globalisierung gewinnen die regionalen Märkte mehr und mehr an Bedeutung, werden regionale Netzwerke und strategische Allianzen immer wichtiger. In den Bereichen von Forschung und Technologie sehen wir dies ganz deutlich. So ist denn auch das 5. Rahmenprogramm von dem Leitgedanken geprägt, daß die Europäer auf den wichtigsten Wissenschafts- und Technologiefeldern stärker zusammenarbeiten und stärkere

Synergieeffekte anstreben müssen. Im europäischen Rahmen muß und darf aber nur das geschehen, was von den Mitgliedstaaten allein nicht ebenso gut betrieben werden kann. Das ist der Kern dessen, was als „Subsidiaritätsprinzip“ bezeichnet wird.

Wer als Politiker dem Ziel eines geeinten Europa dienen will, der muß auf die Einhaltung dieses Prinzips achten. Die Bürger der Gemeinschaft unterscheiden sehr sensibel zwischen Zielen mit wirklich europäischer Dimension und anderen Aufgaben, die man besser im nationalen Bereich, wenn nicht sogar in der heimatlichen Gemeindeverwaltung besorgt sehen will.

Der Airbus kann als Beispiel für ein wahrhaft europäisches Projekt gelten, das diesen Anforderungen genügt. Das gegenwärtige Ringen der Airbus-Partner um eine neue und schlagkräftigere Gesamtstruktur zeigt allerdings auch erneut und sehr anschaulich die mit derartigen Projekten notwendig verbundenen hohen Kosten der Koordination und Entscheidungsfindung.

Dies muß nicht notwendig so sein, wenn man das Subsidiaritätsprinzip ernst nimmt. Auf drei Bereiche sollte sich Europa in Forschung und Wissenschaft besonders konzentrieren:

1. Europa sollte sich konzentrieren auf Probleme, die ihrer Natur nach kein Land alleine lösen kann. Dies sind vor allem Fragen von Umwelt, Klima und Gesundheit.
2. Europa sollte sich konzentrieren auf seine zukünftige Rolle im Bereich der „Megascience“. Die Großgeräte der Grundlagenforschung und die Raumfahrt haben Dimensionen angenommen, die von einzelnen Staaten weder allein finanziert noch sinnvoll allein genutzt werden können.
3. Europa sollte sich konzentrieren auf den Aufbau einer leistungsfähigen technischen Infrastruktur. Die transeuropäischen Netze auf den Gebieten der Information, des Verkehrs und der Energie sind Voraussetzung dafür, daß ein geeintes Europa auch effektiv funktioniert.

Wenn Europa im wissenschaftlich-kulturellen Wettbewerb mit den USA mithalten will, dann müssen wir gerade bei den Infrastrukturen der Wissensgesellschaft, bei Computernetzen und Multimedia zulegen. Deshalb

schlage ich vor, das Deutsche Wissenschaftsnetz, das als flächendeckendes Breitbandnetz eine Führungsrolle in Europa einnimmt, zum Kernelement eines europäischen Hochleistungsnetzwerks der Wissenschaft zu machen.

Ich habe im Herbst 1998 eine Gigabit-Teststrecke zwischen München und Berlin gestartet. Warum sollte das nächste Gigabit-Testnetz nicht zwischen London, Paris, Rom und Berlin geschaltet werden? - Ein Signal des alten Kontinents in Richtung Boston, Berkeley und Washington wäre das allemal! Die Aufgabe der Administration in Brüssel sollte es jedenfalls sein, die besondere Stärke der europäischen Vielfalt zu fördern anstatt Einheitslösungen zu favorisieren. Hier scheinen mir noch manche Anstrengungen deutlich fehlgeleitet.

Verstärkt wird diese gelegentlich unangemessene Neigung Brüssels zu Einheitlichkeit und mißverstandener Konvergenz durch Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofes. Als Beispiel kann die Krankenkassen-Entscheidung vom April 1998 gelten. Obwohl kaum etwas weniger homogen ist in Europa als die nationalen Gesundheitssysteme, hat der Gerichtshof seiner Entscheidung die Fiktion gleichwertiger Lebensverhältnisse zugrundegelegt. Wenn ein nationales Gesundheitssystem jedoch - wie bei uns in Deutschland - in seiner vollen Breite nicht als Versicherungssystem, sondern als Solidarsystem aufgebaut ist, geht die Entscheidung in die Irre. Sie ist kein Beitrag zu Konvergenz und fairen Wettbewerb, sondern sie beschädigt subsidiäre Systeme und verdeutlicht einmal mehr, daß die Formel von der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse ein falscher Leitgedanke für die europäische Integration ist.

V.

Ökonomie und Innovation - Ist das also der Auftrag Europas an kommende Generationen? An die gegenwärtige jedenfalls! Aber die Einführung der gemeinsamen Währung ist in gewisser Weise auch die Vollendung des ökonomischen Auftrags Europas.

Noch 1989 verkündete Margaret Thatcher apodiktisch: „Solange ich lebe, wird es keine europäische Zentralbank geben.“ Ich freue mich sehr über die

robuste Gesundheit von Frau Thatcher. Ich freue mich aber genauso darüber, daß es seit Juni die Europäische Zentralbank gibt - und das auch noch in Frankfurt. Boten sich im Frühjahr 1998 Banken noch als Fluchthelfer vor dem Euro an, so werden heute Stimmen laut, die den Euro zur stärksten Währung der Welt aufsteigen sehen. Euro-Phorie statt Euro-Phobie!

Mit der Entscheidung für den Euro haben wir Europäer eine Kraft aufgebracht und eine Einigkeit demonstriert, wie sie uns von Beobachtern außerhalb Europas nicht zugetraut worden ist. Die Währungsunion wird die politische Handlungsfähigkeit des Kontinents nach innen und außen stärken. Davon bin ich fest überzeugt.

Unsere Hauptkonkurrenten auf dem Weltmarkt, die Amerikaner, sehen das genauso, wenn auch mit anderem Vorzeichen. C. Fred Bergsten hat in einem Beitrag für „Foreign Affairs“ geschrieben: „Mit dem Euro erhält der US-Dollar seinen ersten ernstzunehmenden Konkurrenten seit der Zwischenkriegszeit, wo er das Britische Pfund als vorherrschende Weltwährung ablöste.“ Und nach der Meinung von Newsweek wird Euroland „die Art, wie man Geschäfte macht, auf der ganzen Welt verändern.“

Die Finanzkrise in Asien und die Erschütterung der russischen Wirtschaft haben uns 1997 und 1998 drastisch vor Augen geführt, wie labil sogenannte ökonomische Gleichgewichte und angeblich stetige Wachstumspfade immer noch sind. Ein erheblicher Teil dieser Verletzlichkeit resultiert aus spekulativen Bewegungen auf den Weltfinanzmärkten. Ob es sachlich begründet ist oder nicht: Wenn das Anlageverhalten eines einzelnen Spekulanten wie des berühmt-berüchtigten Georg Soros geeignet ist, nationale Währungen in Krisen zu stürzen, dann ist dies zumindest ein deutliches Signal dafür, daß Währungsmodellen mit mehr Stabilität die Zukunft gehört.

Ein starkes und stabiles Währungssystem ist langfristig die unerläßliche Voraussetzung für Wachstum und Beschäftigung in Europa und der Welt. Die neue Währung wird durch vollständig vergleichbare Preise deutlich mehr Kostentransparenz im Binnenmarkt bringen. Das führt zu mehr Rationalität bei der Standortwahl. Der Wettbewerb der Regionen wird noch entschiedener ein Qualitätswettbewerb sein.

Der Euro wird aber nicht nur helfen, mehr Kostentransparenz herzustellen, er wird auch helfen, Kosten zu senken. Dies ist ein handfester Vorteil, der bislang in der öffentlichen Diskussion erstaunlich wenig gewürdigt wird. Das ifo-Institut hat im Rahmen eines umfangreichen Forschungsprojekts folgendes ermittelt: Die durch den Euro wegfallenden Kosten für das Devisenmanagement - also Preisermittlung, Kostenvergleiche, Währungstausch, Devisensicherung und ähnliches - belaufen sich allein für die deutschen Unternehmen auf rund 30 Mrd. DM pro Jahr.

Mehr noch: Der Euro kann die Wachstumschancen zahlreicher weiterer innovativer Branchen in Zukunft nachhaltig erhöhen. Denn mit dem Euro haben unsere Pionierunternehmer endlich eine ihren US-Konkurrenten vergleichbare Ausgangslage: Einen Binnenmarkt mit 250 Mio. potentiellen Kunden für ein neues Produkt.

Der gemeinsame europäische Binnenmarkt ist ein Chance für mehr Innovationen, für mehr Wachstum und für neue Arbeitsplätze. Die Einigung auf die Einführung des Euro war das beste und stärkste, was wir Europäer zum Eintritt ins 21. Jahrhundert tun konnten.

VI.

Gleichwohl: Eine neue europäische Idee, ein Auftrag gar für das kommende Jahrhundert geht vom Euro nicht aus. Die gemeinsame Währung allein wird nicht ausreichen, um die europäische Einigung zu vollenden. Geld ist kein Ersatz für Wissenschaft und Kultur.

Das, was uns Europäer geistig verbindet, muß eine neue Säule im gemeinsamen Haus Europa werden. Dies ist meine zentrale These für die Definition dessen, was der Auftrag Europas für die Zukunft bedeutet. - Oder kurz: Das Erbe ist der Auftrag!

Ökonomie und Technologie sind mächtige Säulen, die das Europa des 21. Jahrhunderts tragen. Der Weiterbau am Haus Europa wird sich dieser und folgenden Generationen jedoch nur dann als Auftrag für die Zukunft vermitteln lassen, wenn die kulturelle Dimension Europas neues Leben im Denken und Handeln der Europäer gewinnt.

Viel stärker noch als die EU von heute braucht die künftig erweiterte Gemeinschaft die kulturelle Verwurzelung. Mit der Erweiterung muß sich das künftige politische Europa gleichsam im Schnellkurs in interkultureller Flexibilität üben und ist dabei zu einem raschen Erfolg verurteilt. Es kommen Traditionen, Weltbilder, Religionen und Sprachwelten einander nahe, die sich bislang unbekannt waren oder sich bis vor nicht allzu langer Zeit sogar feindlich gegenüber standen.

Zum anderen muß das künftige Europa sich auf eine Identität berufen können, auf die zu setzen für die nationalen Identitäten jedenfalls langfristig nicht Selbstverlust oder Selbstbetrug, sondern im Gegenteil Identitätsgewinn bedeuten kann und muß. Die Stärke Europas lag immer in der Verschiedenheit seiner Kultur. Herder und Rousseau klagten laut, es gebe nur noch Europäer. Sie befürchteten, die Vielfalt der Nationalkulturen stehe vor der Einebnung in eine europäische Einheitskultur.

Es kann auch heute nicht darum gehen, eine solche Einheitskultur zu schaffen. Wohl aber geht es um die Stärkung einer als Gemeinsamkeit empfundenen kulturellen Identität über politische Grenzen hinweg. Nur so können wir das kreative Potential, das in Europas Vielfalt steckt, nutzen.

Enno Rudolph fordert zu Recht, daß wir das europäische „Gehirn“, dessen Fähigkeiten im Verstehen und Übersetzen höchst unterschiedlicher Kulturen und Sprachen besteht, trainieren und dabei auf ein Europa ohne Dolmetscher hinarbeiten müssen. Sprachen - wenn sie nicht bloß als Transfermedium von Informationen, sondern als Vermittlungen des kollektiven Gedächtnisses von Kulturen verstanden werden - dürfen gerade nicht trennen, wie es immer noch in Europa zu beobachten ist. Sie müssen die Brücken begehen helfen, die Europa - kulturhistorisch gesehen - längst gebaut hat.

Wer diesen Gedanken ernst nimmt, muß praktische Konsequenzen einfordern. Etwa in unserem Bildungssystem mit dem Ziel, junge Menschen zur Mehrsprachigkeit zu befähigen. „Zweit“-Sprachenerziehung vom ersten Schultag an sollte Standard werden. Konkret: Englisch gehört schon in die Grundschule. Dazu gehört auch, Englisch endlich als europäische Lingua franca anzunehmen, wie es im Mittelalter das Latein war. Dem steht die

Pflege der Landessprache nicht entgegen. Aber es bedeutet: Englisch wird selbstverständliche Zweitsprache und ist nicht mehr länger Fremdsprache.

Die Universitäten müssen an ihre Rolle anknüpfen, die sie historisch bei der kulturellen Einigung gespielt haben. Sie müssen überall in Europa wieder Begegnungsstätten des europäischen Geistes werden. Was die akademische Beschäftigung mit dem Eurothema angeht, so sind wir auf gutem Wege. Was aber die praktische Seite angeht, ist der augenblickliche Befund noch unbefriedigend. Erst wenn durch besseren Sprachenunterricht und besseren und internationalen Schüler- und Studentenaustausch die Barrieren sinken, erst wenn das Anerkennungsproblem von Abschlüssen gelöst ist, erst wenn ein Auslandsstudium nicht Zeitverlust bedeutet, sondern als unumstößliche Bedingung für das akademische und berufliche Fortkommen gilt, kann und wird sich manches zum Besseren wenden.

Wir sind noch lange von jenem Zustand früherer europäischer Universitätskultur entfernt, in der studentische Mobilität und Weltläufigkeit die Voraussetzung für einen gesamteuropäischen Diskurs war. Aber wenn nicht alles täuscht, geht auch diese Zeit dem Ende zu. Die Wiedereröffnung der Universität Viadrina in Frankfurt an der Oder ist hierfür ein gutes Beispiel. Die alte Alma mater viadrina war bereits über 300 Jahre eine ost-westliche Begegnungsstätte. Frankfurt an der Oder war für junge Leute aus dem märkischen, pommerschen, aus der Lausitz, im schlesischen, großpolnischen Umland und aus dem entfernteren Osten aufgrund der geographischen Lage im ost-elbischen Europa eine erste Station, an der sie ihre Studien begannen und dann weiterreisten. So entstand ein Sammel- und Ausstrahlungspunkt verschiedener Formen der Vor- und Früh-, der Hoch- und Spätaufklärung.

Optimistisch stimmt mich auch, daß das von mir durchgesetzte neue Hochschulrahmengesetz sehr viel bessere Rahmenbedingungen für eine Internationalisierung und damit auch Europäisierung der deutschen Universitäten schafft. Ich nenne nur die Einführung des Leistungspunktsystems, das den Hochschulwechsel aus dem Ausland nach Deutschland und umgekehrt erheblich erleichtert, sowie die generelle Möglichkeit, die international anerkannten Hochschulgrade Bachelor und Master zu verleihen. Bloße Forma-

litäten - so mag der eine oder andere denken. Aber darum geht es nicht, sondern um eine neue Form von Universität, die wieder europäisch denkt und handelt.

VII.

Dieses gemeinsame Denken ist Voraussetzung für unsere Weiterentwicklung. Ich bin ein leidenschaftlicher Vertreter der These, daß sich die modernen Gesellschaften zu Wissensgesellschaften entwickeln. In dieser Entwicklung steckt die großartige Chance, das Versprechen der europäischen Aufklärung, letztlich also die Humanisierung der Gesellschaft, einzulösen.

Wir stehen heute erneut vor einer Zeitenwende. Vor 150 Jahren ging die Agrargesellschaft zu Ende und die Industriegesellschaft begann. Heute geht die Industriegesellschaft zu Ende und die Wissensgesellschaft beginnt.

Natürlich hat Wissen immer schon eine entscheidende Rolle bei der gesellschaftlichen Entwicklung gespielt. Doch in Zukunft wird Wissen einen Stellenwert erhalten wie niemals zuvor. Wo in der Agrargesellschaft Boden und Arbeit den landwirtschaftlichen Erfolg bestimmten, wird in der Wissensgesellschaft zunehmend die Kenntnis genetischer Pflanzencodes für Ernteerfolg und Erlös entscheidend sein. Wo in der Industriegesellschaft Maschinen und Stahlblech den Wert eines Automobils definierten, ist es heute schon das in der Mikroelektronik der Fahrzeugsteuerung gespeicherte Wissen.

Wer aber glaubt, daß die Wissensgesellschaft nur noch eine exklusive Gemeinschaft hochgezüchteter, theoretisierender Gelehrter sein wird, der irrt. Die Wissensgesellschaft schafft keine neuen Menschen. Schon gar nicht stuft sie den Menschen zurück. Das Gegenteil ist richtig. Da nur der Mensch Produzent, Vermittler und Konsument von Wissen sein kann, rückt er in der Wissensgesellschaft - erstmalig in der Geschichte - ganz in den Mittelpunkt. Mehr als bei allen anderen technischen Errungenschaften haben wir also Grund für Optimismus: Die Wissensgesellschaft bringt die Einlösung der Verheißungen des Humanismus.

Diese Anforderungen verlangen vom Bildungswesen im allgemeinen und den Hochschulen im besonderen manche Neuorientierung. Und deshalb verwundert es nicht, daß überall in Europa über die Reform des Bildungswesens diskutiert wird.

Aber nicht nur die Reform der Bildungssysteme steht als Auftrag auf der Tagesordnung. Die Erfahrungen von Kommunismus und Faschismus werden bald verblassen, die Erinnerung an Unterdrückung und Verfolgung schwächer werden. Deshalb ist eine europäische Ordnung notwendig, die die Freiheit zum vitalen Selbstinteresse werden läßt und die den Schutz der Freiheit zu garantieren in der Lage ist. Der weitere Ausbau Europas zu einer Rechtsgemeinschaft, einen verbindlichen Rahmen, der dem einzelnen aber auch den Mitgliedstaaten, Freiheit und damit Sicherheit und Stabilität gewährleistet, ist unumgänglich. Damit ist auch die Frage nach der zukünftigen Verfassung Europas aufgeworfen:

Welche politische Ebene soll zukünftig über welche Politik entscheiden? Was soll Aufgabe der Regionen, der Mitgliedstaaten, der Europäischen Union sein? Wie kann die Europäische Union ihr Handeln noch besser legitimieren?

Politik in Zeiten des Wandels in einer für den Bürger transparenten Art und Weise zu organisieren, ist unabdingbar, um die notwendige Akzeptanz für politisches Handeln zu erhalten.

VIII.

Von Victor Hugo stammt der Satz: „Nichts auf der Welt ist so mächtig, wie eine Idee, deren Zeit gekommen ist.“ Mitte des jetzt ausklingenden Jahrhunderts war der alte Kontinent reif für die Idee der europäischen Einigung. Seither ist Europa reifer und - insbesondere auch in einem immateriellen Sinne - reicher geworden.

Fortschrittsoptimismus und Wissenschaftskritik haben in der „Aufklärung über die Aufklärung“ ein vernünftiges Verhältnis zueinander gefunden. Wir wissen, daß wir nicht alles dürfen, was wir können. Aber wir wissen eben

Europa – Erbe und Auftrag

auch, daß wir noch längst nicht alles können, was wir eigentlich können müßten, um den Aufgaben des nächsten Jahrhunderts gewachsen zu sein.

Das Neue als wertvoll zu begreifen, statt es abzulehnen; planvoll nach Neuem zu suchen, statt das Vertraute einfach fortzuschreiben; den dauernden Wechsel zum unbekanntem Neuen statt die Beständigkeit des Bekannten als konstituierendes Merkmal der Gesellschaft zu betrachten - das sind wesentliche Teile des europäischen Auftrags.

Die Zeit, die jetzt anbricht, wird von Europa noch mehr fordern als die Vergangenheit es schon tat. Deshalb dürfen wir das europäische Erbe nicht als Geschichte verwalten, sondern müssen es als Auftrag gestalten.

Wir sind das Abendland! - Erbe und Auftrag Europas sind eins.

ISSN 1435-3288

ISBN 3-933307-28-7



Zentrum für Europäische Integrationsforschung
Center for European Integration Studies
Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Walter-Flex-Straße 3
D-53113 Bonn
Germany

Tel.: +49-228-73-1880
Fax: +49-228-73-1788
<http://www.zei.de>